

8 Punkte gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Handout zum Pressegespräch am 26. Januar 2024

Die Demokratinnen und Demokraten auch in NRW stehen gemeinsam auf gegen Rechtsextremismus. Die Mitte der Gesellschaft wird zu Recht lauter, seit die rassistischen Deportationspläne bekannt geworden sind. Die Auseinandersetzung mit der rassistischen und völkischen Ideologie bleibt eine Daueraufgabe für uns alle. Die großen Demonstrationen verstehen wir als Auftrag, noch entschiedener gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Hass und Hetze zu handeln.

1. NRW schmiedet ein Bündnis gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Nordrhein-Westfalen ist ein Einwanderungsland. Mehr als 30 Prozent der Menschen haben einen Migrationshintergrund. Unser Bundesland ist von Vielfalt geprägt und das ist unsere Stärke. Stark macht Nordrhein-Westfalen auch seine engagierte Zivilgesellschaft. Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Unternehmen, Jugendverbände, viele andere Vereine, Verbände und Gruppen und einzelne engagierte Bürger*innen stehen ein für Demokratie und Vielfalt. Wir Grüne sind aktiver Teil dieses Bündnisses, wir sind Bindeglied zwischen unterschiedlichen Milieus, wir lassen das Bündnis weiterwachsen.

2. Wir schützen Minderheiten und stärken ihre Rechte

Für die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist die Bekämpfung von Rassismus und die Unterstützung von Betroffenen zentral. Die rechtsextremen Deportationspläne richten sich gegen Menschen mit Migrationsgeschichte und Muslim*innen. Wir werden Betroffene von allen Diskriminierungsformen mit einem Landesantidiskriminierungsgesetz dabei stärken, ihre Rechte durchzusetzen. Die Beratungsstruktur gegen Rechtsextremismus und Rassismus haben wir finanziell gestärkt und die Mittel gegen Antisemitismus mit dem Haushalt 2024 erhöht. Wir werden die Zusammenarbeit des Landes mit der Minderheit der Sinti und Roma verbindlicher machen.

3. Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit ausbauen und verstetigen

Das Land unterstützt viele Beratungsstellen und Projekte, die gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit arbeiten. Von unschätzbarem Wert ist die Arbeit der Beratungsstruktur der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus und Rassismus, der Opferberatung und der Aussteigerberatung. Diese Angebote müssen in der Öffentlichkeit noch bekannter gemacht werden. Mit der neuen Stabsstelle im Ministerium für Kultur und Wissenschaft wird die Arbeit gegen antidemokratische und verfassungsfeindliche Einstellungen und Bestrebungen deutlich gestärkt. Wichtig ist auch die Verstetigung der Haushaltsmittel für die Beratung gegen Rassismus und Antisemitismus.

4. Die politische Bildung muss neue Wege gehen

Die politische Bildung muss mehr Menschen in ihrer Lebensrealität erreichen. So sollten beispielsweise Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen, mit geringem Einkommen oder mit Migrationsgeschichte mehr im Fokus stehen. Dazu gehört mehr aufsuchende

politische Bildung (z.B. Demokratiewerkstätten vor Ort) und mehr digitale Angebote. Die Landeszentrale muss sich weiterentwickeln und neue Konzepte und Zugänge entwickeln. Demokratie lebt von Teilhabe. Deshalb werden wir das Wahlalter 16 bei Landtagswahlen einführen und zwei Bürgerräte einsetzen. Zudem stärken wir das kommunale Ehrenamt.

5. Wir schützen das Parlament vor Verfassungsfeinden

Der Landtag ist die Herzkammer unserer Demokratie. Dass die AfD auch hier immer offener gegen Minderheiten hetzt, ist unerträglich. Für uns ist klar, dass die Grenze erreicht ist, wenn antidemokratische und menschenverachtende Äußerungen fallen. Deshalb war der Beschluss der demokratischen Fraktionen zur Einführung von Ordnungsgeldern eine wichtige Entscheidung. Uns ist es wichtig, dass Minderheiten- und Oppositionsrechte im Parlament nicht angetastet werden. Aber es ist gut, dass wir Demokratinnen und Demokraten im Landtag diese Woche beschlossen haben, dass Sachverständige auch wieder abberufen werden können. Es ist uns wichtig, die demokratischen Fraktionen immer wieder an einen Tisch zu holen, insbesondere bei Themen, die unsere Demokratie betreffen.

6. Wir werden den Nazis nicht das Netz überlassen

Hatespeech im Netz kann zu realer Gewalt werden. Wir wollen, dass das Internet ein sicherer Raum für alle Menschen ist. Die Sicherheitsbehörden müssen niedrigschwellige Meldungen von strafbaren Inhalten möglich machen und dabei auch auf technische Instrumente setzen, die Barrieren für Nutzer*innen abbauen und die Auswertung von Meldungen beschleunigen. Insbesondere junge User*innen werden mit rechtsextremen und hasserfüllten Inhalten überschüttet, weil Algorithmen Hassbotschaften bevorzugen. Die politische Bildung und andere staatliche Institutionen müssen mit aktuellen und zielgruppenspezifischen Konzepten in den Sozialen Medien reagieren. Insbesondere auf bekannte Persönlichkeiten in unterschiedlichen digitalen Communitys sollte zugegangen werden. Denn reichweitenstarke Influencer*innen können wichtige Vermittler*innen der politischen Bildung sein.

7. Unsere Demokratie ist wehrhaft

Die AfD ist eine rechtsextreme Partei und eine Gefahr für unsere Demokratie. Aber unsere Demokratie ist wehrhaft. Sie sieht Instrumente vor, um gegen die Feinde der Demokratie vorzugehen. Wenn die rechtlichen Voraussetzungen für die Instrumente unserer wehrhaften Demokratie vorliegen, sollten wir diese anwenden.

Es ist gut, dass das Bundesinnenministerium jetzt ein Einreiseverbot gegen Martin Sellner prüft. Die Bundesinnenministerin muss zudem dringend prüfen, ob die Voraussetzungen für ein Verbot der Identitären Bewegung und anderer Organisationen der Neuen Rechten vorliegen.

8. Die Sicherheitsbehörden müssen weiterhin konsequent gegen Rechtsextremismus vorgehen

Es gibt eine stark vernetzte und sehr gewaltbereite rechtsextreme Szene in Nordrhein-Westfalen. Im Jahr 2022 wurden 3.453 Straftaten der politisch motivierten Kriminalität Rechts verzeichnet, 117 davon waren Gewalttaten. Rechtsextreme Straf- und Gewalttaten sind also Alltag in NRW. Es ist wichtig, dass die Sicherheitsbehörden den Ermittlungsdruck gegen die rechtsextreme Szene hochhalten und alle rechtsstaatlichen Mittel einsetzen.